



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 25.02.2015, 17:04 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Städtebaulicher Ideenwettbewerb
"Entwicklungsbereich Ost/Oßweil"
- Vorstellung der Verkehrsanalyse 2014 zur
Oststadt und Oßweil

Vorl.Nr. 041/15

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** erinnert daran, dass die letzte Verkehrsmengenerhebung aus dem Jahr 2010 datiere. Seither sei die Aufsiedlung der Hartenecker Höhe erfolgt und die Anwohner im Gebiet Ost/Oßweil hätten den subjektiven Eindruck, dass der Verkehr zunehme. Gleichzeitig habe die Untersuchung der Planungsgruppe Kölz - auch für die Verwaltung überraschend - eine geringe Abnahme der Verkehrsmenge zum Ergebnis gehabt. Wie man mit dieser Erkenntnis weiterhin umgehe, auch bei einer Entscheidung für oder gegen die Waiblinger Straße, müsse sich noch zeigen.

Herr Prof. **Kölz** (Planungsgruppe Kölz) stellt die Ergebnisse der Verkehrsanalyse 2014 zur Oststadt und Oßweil vor. An Hand der der Vorl. Nr. 041/15 als Anlage beigefügten Präsentation erläutert er die vier angewandten Erhebungsarten zur Ermittlung der Verkehrsmengen, berichtet Bezug nehmend auf den Zählstellenplan über die Durchführung der Zählungen und informiert über die Berechnung der Querschnittsbelastung aus Durchgangs-, Ziel-, Quell- und Binnenverkehr. Als Gründe für die ermittelte Abnahme der Verkehrsmenge vermutet er eine bessere Anbindung an den ÖPNV sowie allgemeine Veränderungen in der Mobilität, wie beispielsweise den zunehmenden Umstieg auf Fahrrad und Carsharing-Angebote. Im Fazit erachte er die Waiblinger Straße nicht als dringendstes Instrument zur Lösung der Verkehrsprobleme in Oßweil, da der Anteil des Verkehrs, der dadurch aus dem Stadtteil verlagert werde, vergleichsweise gering sei. Vielmehr müsse man nunmehr auf Basis der vorgelegten Analyse grundlegende verkehrskonzeptionelle Überlegungen anstellen.

BM **Ilk** betont, heute sei weder eine Entscheidung über die Waiblinger Straße noch über das sonstige weitere Vorgehen zu treffen. Auf Basis der nun vorliegenden Ergebnisse werde die Rahmenplanung für den Entwicklungsbereich Ost und Oßweil konkretisiert. Sodann würden auf Grundlage unter anderem des Siegerentwurfs, verschiedener Gebietserschließungen und ÖPNV-Szenarien verkehrsplanerische Simulationen durchgespielt. Auf dieser Grundlage wiederum erfolge dann die städtebauliche und verkehrstechnische Abwägung der Vor- und Nachteile unterschiedlicher Gebietserschließungskonzeptionen und der Waiblinger Straße.

Stadtrat T. **Lutz** bemängelt, die Analyse sei wenig aussagekräftig, da als Vergleichsbasis das Jahr 2009 herangezogen werde. Zu diesem Zeitpunkt sei jedoch die Aufsiedlung der Hartenecker Höhe bereits in vollem Gang gewesen und der Verkehr habe deutlich zugenommen gehabt. Das Gutachten sei also bereits auf Grund der falschen Ausgangsbasis wenig verlässlich, hinzukomme, dass seine Ergebnisse deutlich dem täglichen Eindruck der Anwohner widersprächen. Weiter hinterfragt er verschiedene Erhebungsmodalitäten sowie Auswertung und Ergebnisse. Abschließend betont er, dass der Durchgangsverkehr sicherlich nicht das einzige Verkehrsproblem

im Osten und in Obweil sei. Wenn man diesen jedoch durch die Waiblinger Straße nur etwas reduzieren könne, trage dies zur Entlastung der Anwohner bei. In jedem Fall könne man die jetzt vorgelegte Erhebung nicht ohne diese näher zu hinterfragen zur bedeutenden Grundlage einer kommenden Gesamtabwägung machen.

Stadtrat **Gericke** nimmt Bezug auf die gezeigten Folien zur Querschnittsbelastung. Diese machten deutlich, dass die Verkehrsbelastung an einigen Stellen unzumutbar sei und dringend der Änderung bedürfe – unabhängig von der grundsätzlichen leichten Abnahme des Verkehrsaufkommens im Erhebungsgebiet. Exemplarisch benennt er die Mühlhäuser Straße sowie die Neckargröninger Straße. Trotz des insgesamt erfreulichen Ergebnisses bleibe also im Detail noch viel zu tun. Weiter leitet er aus den vorgelegten Ergebnissen ab, dass auf die Waiblinger Straße verzichtet werden könne und der Schwerpunkt der Rahmenplanung Ost/Obweil auf den Aspekt Grünplanung gelegt werden solle. Wichtig sei zudem, bei der Wohnerschließung das Thema nachhaltige Mobilität zu berücksichtigen.

Stadtrat Dr. **O'Sullivan** hält die vorgelegten Ergebnisse für nachvollziehbar, da bundesweit der Trend zu rückläufigen Verkehrsmengen zu beobachten sei. Dass bei den Anwohnern ein subjektiv anderer Eindruck entstehe, sei jedoch ebenfalls nachvollziehbar und berechtigt. Zusammenfassend könne man festhalten, dass der Rückgang der Verkehrsmengen noch deutlicher ausgefallen wäre, hätte man die Hartenecker Höhe nicht aufgesiedelt. Für die nunmehr richtige und wichtige Entlastung der Anwohner greife seiner Auffassung nur ein Gesamtpaket an Maßnahmen, da nur ein solches eine signifikante Menge an Verkehr aus dem Gebiet verlagern werde. Ob zu diesem Maßnahmenpaket die Waiblinger Straße gehöre, müsse sich in den weiteren Prüfungen und Planungen erweisen.

Stadtrat **Seybold** erklärt, er zweifle die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens nicht an, allerdings sei er geschockt darüber, dass der Anteil des Durchgangsverkehrs um soviel geringer ausfalle, als man erwartet habe. Dass es sich bei dem weit überwiegenden Anteil der Fahrzeuge am Tag nicht um Durchgangsverkehr handle, darüber könne man sich bei allen Belastungen auch freuen, da dies ein Beleg für die Lebendigkeit des Stadtteils sei. Zudem – und das solle ihm bitte keiner übel nehmen – hätten diejenigen, die beispielsweise Eigentum an der Schorndorfer Straße erworben hätten, von Anfang an gewusst, dass es sich hierbei um eine viel befahrene Straße handle.

Stadtrat **Eisele** anerkennt den Widerspruch zwischen den objektiv ermittelten Verkehrszahlen und dem subjektiven Eindruck der Bevölkerung. Dass die tatsächliche Belastung durch die Aufsiedlung der Hartenecker Höhe und den von dort auf die Mühlhäuser- oder Neckargröninger Straße abfließenden Verkehr zugenommen habe, sei widerlegt. Für die FDP-Stadträte spricht er sich gegen die Waiblinger Straße aus. Diese mache keinen Sinn, da es zum einen keine objektive Mehrbelastung gebe und zum anderen nur ein unerheblicher Teil des Verkehrs – der Durchgangsverkehr – damit aus dem Gebiet genommen werde.

Stadtrat **Lettrari** führt an, als Anwohner der Oststadt habe er persönlich den Eindruck, dass der subjektive Eindruck des zunehmenden Verkehrs aus dem beständigen stop-and-go auf den Straßen des Untersuchungsgebiets resultiere. Wenn man hier mit Veränderungen ansetze, führe dies wahrscheinlich ebenfalls zu einer Entlastung der Bürger.

Herr Prof. **Kölz** beantwortet Detailfragen des Gremiums.

Die weitere Beratung wird in die gemeinderätlichen Gremien verwiesen.

Beratungsverlauf:

Frau **Preußner** (FB Tiefbau und Grünflächen) stellt FEK und GLP sowie deren jeweiligen Kernpunkte und inhaltliche Verknüpfungen an Hand einer Präsentation (Anlage 1 zur Niederschrift) vor.

BM **Ilk** ergänzt, eine Beschlussfassung vor der Zukunftskonferenz sei nach dem jüngsten Überplanungen der Zeitschiene nicht mehr vorgesehen. Man wolle sich Zeit lassen für eine intensive Diskussion und die Einbindung der Bürgerschaft und werde voraussichtlich erst im Herbst einen Gremienbeschluss anstreben.

Stadtrat **Herrmann** erinnert daran, dass der GLP zuletzt 2011 beraten, jedoch nicht beschlossen worden sei. Diesen jetzt in den FNP zu integrieren, finde seine Zustimmung. Gleiches könne für den Lärmaktionsplan gelten. Neben diesen ganzen Punkten sei künftig bei Planungsüberlegungen auch die Beschlusslage zur Wohnbaulandentwicklung zu beachten. In allen Stadtteilen müssten mittel- bis langfristig Entwicklungsmöglichkeiten für Wohnflächen vorgesehen werden. Zudem solle ein Gewerbeflächenentwicklungskonzept für die Gesamtstadt beraten und mit GLP und FNP abgeglichen werden. An der jetzt vorliegenden Planung gefielen der CDU-Fraktion folgende Punkte gut: der „Grüne Ring“, der Radschnellweg entlang der Bahnachsen, der Fokus auf dem Thema Alleen und der Stadtpark West. Zu wenig beziehungsweise gar nicht berücksichtigt seien unter anderem die Lärmbelastung, insbesondere durch die A 81 sowie in Eglosheim und der Weststadt. Beim Vorschlag „grüne Boulevards statt Hauptverkehrsachsen“ fehlten Aussagen, wie die Verkehrsbelastung dennoch bewältigt werden könne und bei der vorgeschlagenen Verlängerung der Bärenwiese vermisste er Idee, wie die dann wegfallenden Parkplätze des Forums und des Blühenden Barocks kompensiert werden könnten. Es fehle auch die Eisenbahnstraße als Entlastung für Solitude Allee und Hohenzollernstraße sowie eine Straßenverbindung zwischen dem Ludwigsburger Westen und Eglosheim. Ebenfalls Gedanken gemacht werden müsse sich über die Belieferung der Innenstadt sowie über die Einbindung neuer Entwicklungen, beispielsweise die Erweiterung von Wüstenrot an der Ludwigsburger Gemarkungsgrenze. Abschließend fordert er dazu auf, bei allen Maßnahmen zur Begrünung die jeweiligen Folgekosten im Blick zu behalten und pflegeleichte Bäume etc. zu wählen.

Stadtrat **Gericke** betont ebenfalls die Wechselwirkungen zu anderen grundlegenden Planungen, beispielsweise die Zusammenhänge zwischen Luftreinhalteplan und GLP hinsichtlich der luftschadstofffilternden Wirkung von Grünpflanzen. FEK und GLP müssten nicht nur hierbei berücksichtigt werden, sondern auch als Grundlage für die anstehende Fortschreibung des Flächennutzungsplanes dienen. Er wolle heute angesichts des geschilderten weiteren Verfahrensablaufs nicht zu den einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen Stellung nehmen, sondern lediglich die Bereitschaft der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen signalisieren, bei den nächsten Verfahrensschritten möglichst viele umsetzbare und sinnvolle Einzelmaßnahmen zu identifizieren. Auch wolle man gerne die Punkte, die denen das FEK erhöhten Handlungsbedarf ausgewiesen habe, möglichst zeitnah prüfen und gegebenenfalls angehen. Hierfür müssten auch die notwendigen Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Insofern plädiere er dafür, den heute vorgelegten Entwurf entgegen zu nehmen und möglichst rasch zu beraten, um nicht durch Entscheidungen zu anderen anstehenden Kernthemen wie beispielsweise der

Wohnbauentwicklung vollendete, dem FEK gegebenenfalls entgegenstehende Tatsachen zu schaffen.

Stadtrat Dr. **O'Sullivan** anerkennt, dass viele größere, zukunftssträchtige Projekte wie beispielsweise der „grüne Ring“ oder die grünen Boulevards allenfalls mittel- bis längerfristig umgesetzt werden könnten. Neben einer langfristigen visionären Planung beinhalteten die heute vorgestellten Konzepte jedoch auch kurz- bis mittelfristig und ohne übermäßigen Mitteleinsatz zu realisierende Maßnahmen, durch welche ebenfalls viel zu erreichen möglich sei. Auch weil schon länger keine Aktualisierung des GLP beschlossen worden sei, könne er sich gut vorstellen, kurzfristig und in vertretbarem finanziellen Rahmen umsetzbare Projekte zügig anzugehen.

OBM **Spec** wirbt dafür, sich bis Herbst die Zeit zu nehmen, in gemeinsamer Arbeit des Gemeinderats, der Bürgerschaft und der Verwaltung die inhaltliche Gewichtung der Einzelmaßnahmen zu diskutieren und eine Prioritätenliste festzulegen. Auch müsse geprüft werden, wo mit den begrenzten städtischen Ressourcen die höchste Wirkungsintensität zu erzielen sei.

Stadtrat **Rothacker** schließt sich diesem Votum an. Auch wenn ihm die Vision eines „grünen Rings“ an sich gut gefalle, gelte es doch, aus vielen Ideen zunächst diejenigen herauszusortieren, die überhaupt umsetzbar seien. Diese müssten sodann in einer Prioritätenliste unter Aspekten der Wirkung und der Finanzierbarkeit geordnet werden. Hierfür benötige man eine gewisse Zeit der Diskussion und Entscheidungsfindung. Abschließend regt er an, als kurzfristige, kostengünstige Maßnahme das Thema urban gardening aufzugreifen.

Stadtrat **Heer** äußert sich von den vorgelegten Planungen weitestgehend beeindruckt. Diese hätten größtenteils Charme und Potential. Ihre Umsetzbarkeit müsse jedoch in jedem Fall unter tatsächlichen und finanziellen Aspekten geprüft werden. Keine Zustimmung finde jedoch die Transformation bzw. der Umzug der Kleingartenanlage Frommann-Kaserne. Diese Maßnahme trage nicht zur Förderung des Grüns in der Stadt bei, sondern reduziere dieses. Weiter plädiert er dafür, die in Zusammenhang mit einer Bewerbung für die Landesgartenschau stehenden Überlegungen nicht aus den Augen zu verlieren. Hier biete sich eine einzigartige Chance, auch größere Projekte anzugehen.

Stadträtin **Dziubas** spricht sich ebenfalls dafür aus, zeitnah mit kleineren, finanziell tragbaren Einzelmaßnahmen zu beginnen. Der Diskussion über deren Priorisierung sehe sie mit Interesse entgegen.

Stadträtin **Burkhardt** bedauert, dass die Vorlage aus ihrer Sicht wenig strukturiert und in alle Richtungen auslegbar sei. Viele Aussagen und Antworten fehlten. Unter anderem führt sie an, dass keine Angaben zur längst überfälligen Flächennutzungsplanfortschreibung inklusive Landschaftsplan getroffen würden. Auch gehe aus den Plänen nicht hervor, welche Grünflächen wichtig für das Stadtklima seien oder welche Vernetzungen von Grünflächen aus ökologischen oder gesetzlichen Gründen nicht angetastet werden dürften. Weiter bezweifelt sie die Sinnhaftigkeit einer Bürgerbeteiligung auf Basis bereits vorliegender Maßnahmen. Dieses Instrument hätte früher eingesetzt werden sollen, ebenso wie eine vertiefte Vorberatung im Beirat für Umwelt und Landwirtschaft. Darüber hinaus mahnt sie die ausstehende Antwort der Stadtverwaltung zur Stellungnahme des BUND zu den heute vorgestellten Planungen an.

Die antragstellenden Fraktionen und fraktionslosen Mitglieder des Gemeinderats erklären im Verlauf der Aussprache, die Anträge Vorl. Nrn. 478/13, 088/11 und 529/14 seien erst mit Umsetzung der geforderten Maßnahmen und nicht bereits durch den heutigen Bericht erledigt.

Auf Anregung aus dem Gremium sagt OBM **Spec** zu, in den Stadtteilausschüssen im Rahmen der anstehenden Frühjahrssitzungen das Thema ebenfalls anzusprechen und diese in die Bürgerbeteiligung einzubinden.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** weist eingangs darauf hin, dass heute lediglich die Vorstellung der Grundzüge und ersten Ergebnisse der unter Federführung des Landkreises durchgeführten Infrastrukturuntersuchung erfolgen solle. Dies sei als Auftakt zu detaillierteren Beratungen und zur Bürgerbeteiligung zu verstehen.

BM **Iik** erläutert die der Untersuchung zu Grunde liegende standardisierte Bewertung und präsentiert die Mitfälle 1-4. Der Mitfall 4 sei auf Grund der Kostensituation ausgeschieden, hinsichtlich des Mitfalls 2 habe man sich mit dem Landratsamt darauf verständigt, diesen nicht weiterzuverfolgen. Sodann stellt er die Mitfälle 1 (Niederflursystem) und 3 (Hochflursystem) hinsichtlich ihrer verkehrlichen Wirkung, der möglichen Integration in bestehende Systeme und des Kosten-Nutzen-Faktors vergleichend gegenüber. Aus der bisherigen Äußerungen der Bürgerschaft habe man eine grundsätzliche Zustimmung zum Thema Stadtbahn allgemein entnommen. In den kommenden Monaten gelte es für den Landkreis, die Untersuchung der Folgekosten und der Wirtschaftlichkeit im Fahrbetrieb zu beauftragen. Die Stadt Ludwigsburg werde in dieser Zeit die Knackpunkte „Schillerdurchlass“ und „Bahnhof/ZOB“ vertieft prüfen. Abschließend geht er noch kurz auf den alternativen Mitfall 3a ein, welcher durch eine Umsteigebeziehung am Bahnhof Ludwigsburg gekennzeichnet ist und schildert die zu erwartenden Auswirkungen auf den Kosten-Nutzen-Faktor sowie die verkehrliche Wirkung. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage 2 bei.

Stadtrat **Herrmann** benennt die aus seiner Sicht offenen Fragen. So sei beispielsweise vielen nicht klar, dass durch Einführung einer Stadtbahn einige Busverbindungen entfielen und für den einen oder anderen Bürger die (Fuß-)Wege länger würden. Auch müsse darauf hingewiesen werden, dass die erwarteten zusätzlichen Fahrgeldeinnahmen auf Grund des hohen Anteils an Jahresfahrkarten wohl eher gering ausfielen. Kritisch sehe er auch, dass der Landkreis zum dritten Mal eine entsprechende Infrastrukturuntersuchung in Auftrag gegeben habe, und erst im dritten Anlauf ein ausreichender Kosten-Nutzen-Faktor ermittelt worden sei. Nicht abzuschätzen sei zudem die Frage möglicher Kostensteigerungen. All diese Punkte müssten jedoch – ebenso wie die absoluten Zahlen der Fahrgastveränderungen im Binnenverkehr zwischen Ludwigsburg und Markgröningen – geprüft und berücksichtigt werden, bevor man eine Entscheidung treffe, die auch Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben werde. Grundsätzlich wolle er noch betonen, dass für die CDU-Fraktion ein Hochflursystem auch mit Blick auf das barocke Stadtbild nicht vorstellbar sei.

Stadtrat **Gericke** bringt den Antrag seiner Fraktion Vorl. Nr. 075/15 ein und begründet diesen. Zum Antragstext siehe Tagesordnungspunkt 3.1. Die Begründung ist der Vorl. Nr. 075/15 zu entnehmen. Seine Begründung zusammenfassend plädiert Stadtrat Gericke dafür, nicht die „Stummellösung“ 3a weiterzuverfolgen, sondern das Thema Niederflursystem vertieft zu untersuchen. Hiervor profitiere die Stadt Ludwigsburg am meisten.

Stadträtin **Liepins** trägt vor, die Variante Niederflur habe aus städtebaulicher und gestalterischer Sicht durchaus Vorzüge. Allerdings könne diese Wahl nicht ausschließlich unter optischen Aspekten getroffen werden. Man müsse vor einer Entscheidung für das eine oder andere System geklärt werden, ob beide technisch realisierbar seien und welche Kosten verbindlich mit der einen oder anderen Variante verbunden seien. Insbesondere gelte es zu prüfen, ob eine Hochflurbahn den Schillerdurchlass überhaupt passieren könne und wie die Situation am Bahnhof gelöst werden könne. Erst in einem nächsten Schritt könne man sich dann der Frage widmen, ob und wie beziehungsweise unter welchen Voraussetzungen eine Streckenführung durch die Wilhelmstraße vorstellbar sei.

Stadtrat **Rothacker** erklärt, die FW-Fraktion wolle das Thema kritisch-konstruktiv begleiten. Grundsätzlich müsse man sich selbstverständlich die Frage stellen, ob man die hohen Summen von einmalig rund 40 Mio. € sowie jährlich ca. 1 Mio. € Folgekosten nicht besser in den Bildungs- und Betreuungsbereich investiere. Einen Vorteil aus der neuen Stadtbahnlinie habe ja nicht hauptsächlich Ludwigsburg, sondern die Gemeinden Möglingen und Markgröningen durch deren schnellere Anbindung an Stuttgart. Wenn man sich für eine Stadtbahn entscheide, wolle er sich bereits heute für die Niederflurvariante aussprechen. Zur Lösung der Problematik am Bahnhof rege er eine Streckenführung über das Westportal an.

Stadtrat **Gericke** findet Gefallen an der Idee, eine Streckführung über das Westportal zu prüfen. Eventuell könne man auch die SSB noch für die Niederflurvariante begeistern, die sich gegebenenfalls auch für andere Umlandkommunen besser anbiete als das derzeitige Hochflursystem der SSB. Hier müsse man nochmals ins Gespräch gehen.

Stadtrat **Heer** sieht noch viele offene Fragen und benennt exemplarisch die Streckenführung am Bahnhof sowie die Wahl der Trasse nach Markgröningen. Er gibt zudem zu bedenken, dass die Stadtbahn nach Ludwigsburg wohl nicht als regional bedeutsam eingestuft werden könne und daher wohl auch nicht gefördert werde. Dies rufe Vergleiche zur Strohäubahnlinie ins Gedächtnis, für welche ebenfalls ein Kosten-Nutzen-Faktor von knapp über 1,0 ermittelt worden sei. Diese werde aber nun voraussichtlich dreimal so teuer wie geplant. Man müsse vermeiden, dass die Ludwigsburger Stadtbahn eine ähnliche Entwicklung nehme und die Kosten dann an der Stadt Ludwigsburg, welche die geringsten Vorteile aus diesem Anschluss habe, hängen blieben. Wenn man sich für eine Stadtbahn entscheide, könne auch er unter Aspekten des Stadtbildes nur die Niederflurvariante befürworten. Vor einer solchen Entscheidung sei jedoch in jedem Fall eine Bürgerbefragung, gegebenenfalls ein Bürgerentscheid erforderlich.

Stadträtin **Dziubas** betont, DIE LINKE habe sich schon immer für die Stadtbahn ausgesprochen und werde sich auch weiterhin für dieses nachhaltige Projekt einsetzen. Sie erhoffe sich von einer gut frequentierten Stadtbahn einen spürbaren Rückgang des Individualverkehrs. Dadurch eröffne sich gegebenenfalls die Chance, auf den Bau weiterer Parkgaragen zu verzichten und die Wilhelmstraße endlich autofrei zu gestalten. Eine Hochflurbahn könne jedoch auch sie sich nicht vorstellen, weshalb sie den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vollumfänglich unterstütze. Sie fordert dazu auf, bei den weiteren Planungen zum Schiller- und Arsenalplatz eine eventuelle, künftige Stadtbahnführung durch diesen Bereich im Auge zu behalten und regt an, den LVL im Ausgleich für die voraussichtlich wegfallenden Buslinien eine Beteiligung an der Stadtbahn anzubieten.

Auch Stadträtin **Burkhardt** spricht sich grundsätzlich für eine Stadtbahn aus. Angesichts der bereits mehrfach genannten Schwierigkeiten, insbesondere im Bereich Schillerdurchlass und Bahnhof, sei auch für die die Niederflurvariante die einzig praktikable. Des Weiteren beziehe sie sich auf die Arbeit der Gruppe „B27 wird zur Allee“. Würden diese Planungen umgesetzt, könne dort die Streckenführung für die Stadtbahn erfolgen. Darüber hinaus erkundigt sie sich, wieso die Schwieberdinger- und die Friedrichstraße aus den Überlegungen für eine Streckenführung herausgenommen worden seien.

Stadtrat V. **Lutz** gibt zu bedenken, dass die der Infrastruktur zu Grunde liegenden Zahlen teilweise aus dem Jahr 2006 stammten. Inwiefern diese – und darauf aufbauend die Untersuchungsergebnisse – heute noch Gültigkeit besäßen, müsse noch überprüft werden. Weiter stellt er die Frage, ob die historische Bausubstanz in der Wilhelmstraße eine Streckenführung überhaupt zulasse.

Stadträtin **Moersch** schlägt unter Aspekten der Stadtbildgestaltung vor, statt auf Oberleitungen auf eine Stromversorgung der Stadtbahnen aus dem Boden zu setzen.

Stadtrat **Gericke** verweist diesbezüglich auf ein Pilotprojekt aus Augsburg. Durch Fortschritte in

der Speichertechnik würden dort bereits rund 500m ohne Oberleitung überbrückt.

BM Ilk kündigt an, die heute aufgeworfenen Fragen in die weitere Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt mitzunehmen.

OBM Spec fasst zusammen, dass die grundsätzliche Einstellung des Gremiums zum Thema Stadtbahn eine Spannweite von Skepsis bis zu absoluter Befürwortung abdecke. Die Tendenz gehe derzeit jedoch eindeutig in Richtung Niederflursystem. Er weist darauf hin, dass der Landkreis nach Gesprächen mit der SSB aus Gründen des Betriebs und der Wirtschaftlichkeit eher zum Hochflursystem tendiere. Man werde jetzt wie von BM Ilk dargestellt die noch offenen Punkte abarbeiten und dann erneut zur Beratung in die gemeinderätlichen Gremien kommen.

TOP 3.1

Stadtbahn 2015
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20.02.2015

Vorl.Nr. 075/15

Antragstext:

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt den folgenden Antrag:

1. Die Stadtverwaltung setzt sich gegenüber dem Landkreis für eine vertiefte Untersuchung einer Niederflurvariante der Stadtbahn mit Ästen in den Osten von Ludwigsburg ein. Hierbei werden insbesondere Betriebskosten, Optimierungs- und Kooperationsmöglichkeiten näher betrachtet.
2. Die Stadtverwaltung setzt sich gemeinsam mit dem Landkreis und den betroffenen Nachbarkommunen beim Bund für eine Nachfolgeregelung zur Fortsetzung des Bundes-GVFG ein, das der Finanzierung des Baus von großen ÖPNV-Projekten dient.
3. Die Stadtverwaltung gibt im Rahmen der weiteren Beratungen zur Stadtbahn einen ersten Bericht zum Antrag der Grünen zur Weiterentwicklung des Buskonzeptes ab (siehe Vorlage Nr. 355/13).

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird im Sachzusammenhang gestellt und der Verwaltung zur weiteren Bearbeitung übergeben.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

TOP 4

Umsetzung Personalkostenreduzierung Haushalt
2015

Vorl.Nr. 004/15

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.1.

Abweichender Beschluss:

1. Von dem von der Verwaltung für den Haushalt 2015 zusätzlich beantragten Stellenkontingent werden folgende Kapazitäten nicht realisiert:

1,0 Personalreservestelle, gehobener Dienst	(FB 10)
0,5 Fahrerkapazität für den Kantinenbetrieb, Schulklassen	(FB 10)
0,5 Stellenkapazität EDV-Administration	(FB 65)
2,8 Stellenkapazitäten erzieherisches Personal	(FB 48)

Es werden zusätzlich Personalausgaben eingespart, weil für den Haushalt geplante Stellenkapazitäten später (frühestens zum 01.04.2015) besetzt werden.

Dies gilt fast für das gesamte beantragte Stellenkontingent 2015.

2. Die Haushaltsstrukturkommission wird damit beauftragt, die Streichung von 2,0 weiteren Stellen im Haushalt 2015 vorzuschlagen mit dem Ziel weitere Einsparungen zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zur geänderten Ziffer 2 wird mit 17 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 1 wird mit 27 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend:	Stadtrat F. Lutz	(Urlaub)
	Stadtrat Juranek	(Urlaub)
	Stadtrat Dr. Schwytz	(krank)
	Stadtrat Weiss	(beruflich verhindert)
	Stadtrat Köhle	(privat verhindert)
	Stadtrat von Stackelberg	(entschuldigt)
	Stadtrat Remmele	(unentschuldigt)
	Stadtrat Link	
	Stadträtin Liepins	
	Stadträtin Dziubas	

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag wird verzichtet.

Stadtrat **Meyer** anerkennt die nachdrücklichen Konsolidierungsanstrengungen, die die

Stadtverwaltung seit Jahren unternommen habe. Dennoch reichten diese offensichtlich nicht aus, einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Aus diesem Grund habe die CDU-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beantragt, insgesamt 5,0 Stellen gegenüber den Vorschlägen im Stellenplan einzusparen. Der auf Basis dieses Antrags von der Verwaltung vorgelegte Vorschlag sei enttäuschend. Bei 3,8 von den vorgeschlagenen 4,8 Stellen handle es sich nicht um echte Einsparungen, sondern die Nutzung zufälliger Effekte und die Nichtbesetzung von Stellen, die ohnehin nicht unbedingt notwendig gewesen seien. Seine Fraktion erwarte daher, dass der mit dem Haushalt 2015 beantragte Stellenzuwachs um weitere zwei Stellen reduziert werde. Dies bedeute im Umkehrschluss nicht, dass man die vorhandenen städtischen Mitarbeiter durch zusätzlich Aufgaben und weite Überstunden belasten wolle. Vielmehr solle Aufgabenkritik betrieben und beispielsweise auf ohnehin nicht in absehbarer Zeit realisierbare Planungen verzichtet werden.

Stadtrat Dr. **Vierling** gibt zu bedenken, dass auch die von seinem Vorredner als zufällig bezeichneten Effekte durchaus finanzwirksam seien. Dem Ansinnen der CDU-Fraktion, weitere Personalkosten einzusparen, werde durch die im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 10.02.2015 vorberatene Abweichung Rechnung getragen. Bevor man eine konkrete Anzahl zu streichender bzw. nicht zu besetzender Stellen festlege, solle zunächst in der Haushaltsstrukturkommission das Thema Aufgabenkritik diskutiert werden.

Stadtrat Dr. **O'Sullivan** bemerkt, dass die Verwaltung die Vorgabe, Einsparungen in Höhe von 5 Personalstellen zu erzielen, umgesetzt habe. Dass es sich hierbei um keine substantiellen, teilweise noch nicht einmal um notwendige Stellen handle, trübe den Gesamteindruck etwas. Er könne den abweichenden Beschluss des Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung dennoch mittragen unter der Maßgabe, dass man sich gemeinsam das Thema Aufgabenkritik vornehme und prüfe, wo noch Einsparungen erzielt werden könnten. Insofern finde der abweichend vorgeschlagene Prüfauftrag in Ziffer 2 seine Zustimmung. Heute konkrete weitere Einsparvorgaben zu machen, halte er nicht für sinnvoll.

Stadträtin **Moersch** erklärt, sie könne den Verwaltungsvorschlag nicht unterstützen. Angesichts der großen Bedeutung, die man der Bildung und Betreuung beimesse sowie der großen Anstrengungen, die in diesem Bereich derzeit unternommen würden, könne sie sich nicht vorstellen, dass auf die 2,8 Stellen erzieherisches Personal so einfach verzichtet werden könne. Dieser Bereich müsse bei Stelleneinsparungen eigentlich außen vor bleiben. Dem Vorschlag der CDU-Fraktion, die Einsparung weiterer 2 Stellen verbindlich vorzugeben, könne sie hingegen folgen.

Stadtrat **Eisele** betont, die Vorgaben des Gemeinderats seien mit dem Verwaltungsvorschlag nur auf den ersten Blick erledigt. Stellen zur Einsparung vorzuschlagen, die ohnehin nicht gebraucht würden, werde der Sache nicht gerecht. Insofern schließe er sich der Forderung der CDU-Fraktion an, die Verwaltung damit zu beauftragen, im Haushaltsplan zwei weitere Stellen einzusparen.

Stadträtin **Dziubas** hingegen will den Vorschlag der CDU-Fraktion nicht unterstützen. Bevor man ins Blaue hinein eine wahllose Zahl Stellenstreichungen vorgebe, müsse im Sinne der Aufgabenkritik geprüft werden, was wo und mit welchen Konsequenzen eingespart werden könne. Ein Prüfauftrag sei daher nachvollziehbar, nicht jedoch ein konkreter Einsparauftrag.

Stadträtin **Burkhardt** moniert, dass insbesondere bei den 2,8 Stellen im erzieherischen Bereich keine Angaben gemacht worden seien, weshalb diese nun doch nicht mehr erforderlich sein sollten. Auf dieser Basis könne sie nicht zustimmen.

OBM **Spec** erinnert an die großen Anstrengungen im Bildungs- und Betreuungsbereich und mehr als 100 Stellen, die hier geschaffen worden seien. Eine entsprechende Finanzierung dieser Ausgaben durch steigende Einnahmen sei jedoch ausgeblieben. Auf der Ausgabenseite habe man in durch umfangreiche Konsolidierungsbemühungen und in zwei großen Runden mit umfangreichem Stellenabbau bereits das Möglichste veranlasst. Selbstverständlich könne man

heute – abweichend vom Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung – die Einsparung von weiteren zwei Stellen verbindlich vorgeben. Allerdings werde man mit Blick auf den Haushalt 2016 dennoch nicht an einer Anpassung der Einnahmenseite vorbeikommen. Wenn man heute die Einsparung von zwei Stellen beschließe, fordere er das Gremium auf, verbindlich festzulegen, um welche es sich hierbei handeln solle. Fasse man entsprechend des CDU-Antrags zwei Stellen im Bereich der Grünpflege ins Auge, müsse der Gemeinderat zudem festlegen, ob man im Gegenzug die Sachmittel der Verwaltung in gleichem Maße erhöhen wolle oder ob die Pflegeleistung entsprechend reduziert werden solle. Letzteres müsse man dann der Bürgerschaft kommunizieren.

Nach kurzer Verständigung erklären Stadtrat **Heer**, welcher namens der FDP-Stadträte ebenfalls einen Antrag zur Reduzierung der Personalkosten gestellt hatte, und Stadtrat **Herrmann**, dass beide nicht an den beiden Stellen im Grünpflegebereich festhielten. Auch die Einsparung anderer Stellen könne von der Haushaltsstrukturkommission vorgeschlagen und begründet werden.

Für die CDU-Fraktion formuliert Stadtrat **Herrmann** den Antrag, den abweichenden Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vom 10.02.2015 dahingehend zu modifizieren, dass die Streichung von zwei weiteren Stellen von der Haushaltsstrukturkommission vorgeschlagen und nicht lediglich geprüft werden solle. Nachdem von den zur Streichung vorgeschlagenen 4,8 Stellen ganze 3,8 ohnehin nicht besetzt worden wären, enthalte der Verwaltungsvorschlag nur eine einzige echte Streichung. Zwei weitere Stellen seien hier sicher verkräftbar.

Stadtrat Dr. **O'Sullivan** ergänzt, dass es sich angesichts der anstehenden Überarbeitung des Grünleitplanes bei den beantragten Einsparungen explizit nicht um zwei Stellen im Grünpflegebereich handeln könne. Eine der Personalkostenreduzierung entsprechende Sachmittelerhöhung mache keinen Sinn, eine Reduzierung der Pflegeleistung könne er sich angesichts der anstehenden Aufgaben kaum vorstellen.

OBM **Spec** lässt zunächst über die geänderte Ziffer 2, im Anschluss über die Ziffer 1 der Vorl. Nr. 046/15 abstimmen.

TOP 5	Verpachtung einer Teilfläche eines Grundstücks im Riedle für den Bau von Asylbewerberunterkünften - Bekanntgabe einer Eilentscheidung	Vorl.Nr. 013/15
-------	--	------------------------

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** gibt die mit der Vorl. Nr. 013/15 (Verf. Nr. 014/15) vorliegende Eilentscheidung bekannt:

„Dem Landkreis Ludwigsburg wird eine Teilfläche von ca. 2.280 m² des städtischen Grundstücks Flst. 1711, Im Riedle, -: 9.475 m² für den Bau von Asylbewerberunterkünften überlassen. Der jährliche Pachtzins beträgt 18.000 €.

Vorstehendes gilt entsprechend für die Überlassung der Teilfläche an die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH zur Schaffung der Unterkünfte mit der Maßgabe, diese an den Landkreis Ludwigsburg zu vermieten.“

Die Bekanntgabe erfolgt gem. § 43 Abs. 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg.

EBM **Seigfried** kündigt an, der Antrag der SPD-Fraktion, Vorl. Nr. 033/15, werde voraussichtlich im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 25.03.2015 im Sachzusammenhang aufgerufen.

TOP 6

Annahme von Spenden, Schenkungen u.ä.
Zuwendungen 2. Halbjahr 2014

Vorl.Nr. 016/15

Beschluss:

1. Die Zuwendung von Herrn Veit zu Gunsten der Bürgerstiftung Ludwigsburg i.H.v. **250 EUR** wird angenommen (Anlage zu Vorl. Nr. 016/15 lfd. Nr. 6).
2. Die Zuwendung der Mann+Hummel GmbH zu Gunsten der Mann+Hummel-Stiftung i.H.v. **13.400 EUR** wird angenommen (Anlage zu Vorl. Nr. 016/15 lfd. Nr. 7).
3. Die Zuwendung der Ruprecht Stiftung zu Gunsten der Stadt Ludwigsburg i.H.v. **8.000 EUR** wird angenommen (Anlage zu Vorl. Nr. 016/15 lfd. Nr. 29).
4. Die Zuwendung der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH zu Gunsten der Stadt Ludwigsburg i.H.v. **7.000 EUR** wird angenommen (Anlage zu Vorl. Nr. 016/15 lfd. Nr. 66).
5. Die Zuwendung des Fördervereins Synagogenplatz Ludwigsburg e.V. zugunsten der Stadt Ludwigsburg i.H.v. **100.000 EUR** wird angenommen (Anlage zu Vorl. Nr. 016/15 lfd. Nr. 83 u. 84).
6. Alle weiteren in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu Gunsten der Stadt Ludwigsburg **bis 5.000 EUR** werden gesammelt angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend:	Stadtrat F. Lutz	(Urlaub)
	Stadtrat Juranek	(Urlaub)
	Stadtrat Dr. Schwytz	(krank)
	Stadtrat Weiss	(beruflich verhindert)
	Stadtrat Köhle	(privat verhindert)
	Stadtrat von Stackelberg	(entschuldigt)
	Stadtrat Remmele	(unentschuldigt)
	Stadtrat Link	
	Stadträtin Liepins	
	Stadträtin Dr. Knoß	
	Stadtrat Meyer	

Ja 30 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag wird verzichtet.

Von Stadtrat **Kasdorf** auf das Thema angesprochen, erklärt OBM **Spec**, man habe sich in der letzten Sitzung der Haushaltsstrukturkommission darauf verständigt, dass dem Arbeitskreis Synagogenplatz das Einwerben der letzten 11 000 € an Spenden erlassen werde. Eine entsprechende Vorlage werde bereits vorbereitet.

Anschließend lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 016/15 abstimmen.